

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 6. Auflage	5
Abkürzungsverzeichnis	25
Literaturverzeichnis	27
 Erster Teil: Rauschmittel im Straßenverkehr	 33
A. Die Feststellung des Rauschmittelkonsums	33
I. Atemalkoholprobe	33
II. Blutentnahme	35
1. Gesetzliche Voraussetzungen der Blutprobe: § 81 a StPO	35
2. Einwilligung: Freiwillige Abgabe der Blutprobe	36
3. Verwertbarkeit einer unter Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen gewonnenen Blutprobe	39
a) Entnahme der Blutprobe unter Vernachlässigung der „medizinischen Entnahmevoraussetzungen“	39
b) Verwertung von anderen Blutproben	40
c) Vernachlässigung des Richtervorbehaltes	41
aa) Gefahr im Verzug	43
bb) Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen/Mündliche Beschlüsse	46
cc) Grenzen des Richtervorbehalts/Willkür/Revisionsfragen	48
dd) Abwägung: Beweisverwertungsverbot oder nicht?	60
4. Untersuchungen und Tests bei der Blutentnahme	64
a) Verwertbarkeit des sog. „klinischen Befundes“	64
b) Bedeutung eines negativen klinischen Befundes	65
c) Vernehmung des Blutentnahmemarztes	65
III. Ermittlung der Blutalkoholkonzentration aus der Blutprobe	66
1. Die verschiedenen Untersuchungsmethoden	66
2. Anzahl der Einzelanalysen	67
3. Nicht ausreichende Anzahl von Einzelanalysen	68
4. Die geringe Wertigkeit einer zweiten Blutprobe	70
5. Variationsbreite	71
6. Analysenmittelwert	72
7. (Kein zusätzlicher) Sicherheitszuschlag	73
IV. Bedeutung der Blutalkoholkonzentration zur Tatzeit	73
1. Entbehrlichkeit einer Rückrechnung auf die Tatzeit	73
2. Rückrechnung auf die Tatzeit	74
a) Stündlicher Abbauwert	74
b) Verlauf der Blutalkoholkurve und Resorptionszeit	75
c) Die ersten beiden Stunden nach Trinkende	76
3. Nachtrunk	77

V. Fehlen einer Blutuntersuchung	79
1. Berechnung der BAK aus der Trinkmenge („Widmark“)	79
a) Grundlagen jeder Berechnung	79
b) Die eigentliche Berechnung nach Widmark	80
aa) Erläuterungen zu der Formel	80
bb) Der Reduktionsfaktor „r“	80
cc) Die abgebaute Alkoholmenge „ß x t“	81
dd) Das Resorptionsdefizit	81
2. Atemalkohol	84
a) Grundlagen	84
b) Verfälschende Einflüsse auf das AAK-Ergebnis	85
c) Gefahrgrenzwert: 0,25 mg/l AAK	86
d) Der Einsatz eines AAK-Messgerätes (generelle Betrachtung)	87
aa) Zuverlässigkeit der Messwerte einer AAK-Messung	87
bb) Bei allen AAK-Messungen zu beachtende Verfahrensbestimmungen	87
cc) Fehlerquellen bei der Messung bzw im Rahmen der Auswertung	88
dd) Tatsächliche Feststellungen des Tatrichters	88
VI. Das medizinische Sachverständigengutachten	90
1. Verfahrensfragen	90
2. Unvereinbarkeit der ermittelten BAK mit dem klinischen Befund ..	90
3. Das Urteil des Tatrichters: BAK-Bestimmung und Sachverständigengutachtens	91
4. Zweifel an der Identität des untersuchten Blutes	92
a) ... im Strafverfahren	92
b) ... im Bußgeldverfahren	94
B. Alkoholbedingte Fahrunsicherheit	94
I. Absolute und relative Fahrunsicherheit	94
II. Absolute Fahrunsicherheit bei Kraftfahrern	95
1. Feststellung absoluter Fahrunsicherheit aufgrund des Blutprobenergebnisses	95
2. Kein AAK-Beweisgrenzwert für absolute Fahrunsicherheit	96
3. Erreichen des Beweisgrenzwertes erst nach der Tat	98
4. Keine Aufrundung	98
5. Motorrad- und Mopedfahrer	98
6. Mofafahrer	99
7. Segway-Nutzer	99
8. Anwendbarkeit des Beweisgrenzwertes für Kraftfahrer	99
III. Absolute Fahrunsicherheit bei Radfahrern, E-Bikern, „Bierbikern“	100
IV. Erschwerende Bedingungen bei der Fahrt	101
V. Grenzwertabsenkung durch Krankheit, Ermüdung pp.	101

VI. Und dann noch: Falls es in Zukunft nochmals zur Herabsetzung der Promillegrenze kommt	102
VII. Relative Fahrunsicherheit	103
1. Mindest-BAK für die Annahme relativer Fahrunsicherheit	103
2. Anforderungen an die zusätzlichen Beweisanzeichen für die Annahme relativer Fahrunsicherheit	103
3. Gesamtwürdigung aller Umstände	104
4. Feststellung alkoholbedingter Ausfallerscheinungen	104
5. Ausfallerscheinungen bei der Fahrweise	105
6. Andere alkoholbedingte Ausfallerscheinungen	109
7. Sturztrunk vor Fahrtantritt	111
8. Der klinische Befund = ärztlicher Bericht des blutprobeentnehmenden Arztes	111
VIII. Zusammenwirken von Alkohol und anderen Ursachen	114
IX. Fahrunsicherheit aufgrund „anderer berauschender Mittel“ (insbes. Drogen)	114
1. Der Begriff der „anderen berauschenden Mittel“	115
2. Welche Drogen sind „berauschende Mittel“?	115
3. Welche Medikamente sind berauschende Mittel?	116
4. Wechselwirkungen: Medikamente/Alkohol/Drogen	118
5. Grenzwerte und Drogen	118
a) Keine anerkannten Grenzwerte für Fahruntüchtigkeit	118
b) Existieren Mindestgrenzwerte?	121
c) Noch nicht anerkannt: Der CIF als Gradmesser nach Cannabis-Konsum	121
6. Anforderungen an die Feststellung drogenbedingter Fahrunsicherheit	122
a) Herabgesetzte Gesamtleistungsfähigkeit	122
b) Neben Konsum sind weitere Beweisanzeichen erforderlich	123
c) Fahrfehler als rauschmittelbedingte Ausfallerscheinung	124
d) Sonstige Verhaltensbesonderheiten als rauschmittelbedingte Ausfallerscheinungen	126
e) Weitere hilfreiche Einzelheiten aus der Rechtsprechung und Literatur zu Ausfallerscheinungen (leitsatzartig)	127
7. Die Feststellung des Konsums und der Menge des Konsums	130
8. Keine Rückrechnung möglich	131
9. Tatsächliche Feststellungen/Ermittlungen des Tatrichters	131
C. Erheblich verminderte Schuldfähigkeit und Schuldunfähigkeit	133
I. Allgemeines	133
II. Actio libera in causa	134
1. Anwendbarkeit im Verkehrsstrafrecht	135
2. Vorsätzliche actio libera in causa	135
3. Fahrlässige actio libera in causa	136

III. Besonderheiten bei der Rückrechnung	139
1. Grundschemata	140
2. Resorptionsabschluss/Beginn der Berechnung	140
3. Stündlicher Abbauwert	140
4. Und so wird die höchste BAK berechnet!	140
IV. Hinzuziehung eines Sachverständigen	143
V. Erheblich verminderte Schuldfähigkeit	144
1. Keine verbindliche BAK-Höhe	144
2. Besondere Bedeutung der BAK von 2,0 %	145
3. Besonderheiten der Rückrechnung	147
4. Gesteigerte Bedeutung „psychodiagnostischer Kriterien“	147
VI. Schuldunfähigkeit	148
1. BAK von 2,5 %	148
2. BAK von 3,0 %	149
3. Verhalten des Täters	152
VII. Vollrausch (§ 323 a StGB)	153
1. Grundsätzliches/Prozessrecht	153
2. Rausch	154
a) Begriff des Rausches	154
b) Bedeutung der BAK-Höhe für den Rausch	154
c) Hinzutreten anderer die Schuldfähigkeit beeinträchtigender Ursachen	155
3. Innerer Tatbestand	156
a) Vorsatz und Fahrlässigkeit	156
b) Rauschat als objektive Bedingung der Strafbarkeit	157
c) Innerer Tatbestand der Rauschat	158
D. Fahrlässige Körperverletzung und fahrlässige Tötung infolge Trunkenheit	162
I. Fahrlässige Körperverletzung – § 229 StGB	162
1. Strafantrag oder besonderes öffentliches Interesse	163
2. Tathandlung: Körperverletzung	163
3. Fahrlässigkeit	164
II. Fahrlässige Tötung – § 222 StGB	167
E. Die Trunkenheitsdelikte der §§ 316 und 315 c StGB	169
I. Trunkenheit im Verkehr (§ 316 StGB)	169
1. Dauerstraftat	170
2. Begriff des Fahrzeugführens im (öffentlichen) Verkehr	172
a) Öffentlicher Verkehrsraum	172
aa) Schnellübersicht: Einzelfälle in der Rechtsprechung	173
(1) Beispiele für öffentlichen Verkehrsraum	173
(2) Beispiele für fehlenden öffentlichen Verkehrsraum	174
bb) Feststellung der Öffentlichkeit bei Privatflächen	175

cc) Prozessuale Hinweise	176
b) Fahrzeug	177
aa) Fahrzeuge sind somit vor allem auch	177
bb) Keine Fahrzeuge iSd § 316 StGB sind die in § 24 Abs. 1 StVO genannten besonderen Fortbewegungsmittel, namentlich	178
c) „Führen“ des Fahrzeugs	178
aa) Begriff des Führens	178
bb) Rechtsprechungsüberblick: Einzelfälle zum Begriff des Führens	180
cc) Verhältnis des „Führens“ zu dem Beweisgrenzwert für die absolute Fahruntüchtigkeit	181
(1) Rollenlassen und Schieben pp.	182
(2) Abschleppen	183
3. Rauschmittelbedingte Fahrunsicherheit	183
4. Rechtfertigungsgründe	183
5. Vorsatz und Fahrlässigkeit im Hinblick auf die Fahrunsicherheit ..	185
a) Vorsatz	185
aa) Bedeutung der BAK-Höhe	187
bb) Umstände des Einzelfalles	191
cc) Das Urteil: Tatsächliche Feststellungen bei Vorsatzverurteilung	194
b) Fahrlässigkeit	195
aa) Erkennbarkeit der alkoholischen Beeinträchtigung	195
bb) Kenntnis des vorausgegangenen Alkoholgenusses	196
cc) Genuss unbekannter Getränke, Medikamenteneinnahme und „Einatmen von Dämpfen“	196
dd) Bedeutung der BAK-Höhe als Fahrlässigkeitsindikator	197
ee) Heimlich zugeführter Alkohol	198
ff) Restalkohol	199
gg) Zusammenwirken von Alkohol und anderen Ursachen	199
6. Teilnahme und Wahlfeststellung	200
a) Täterschaft und Teilnahme	200
b) Konkurrenzen/Tatbegriff/Wahlfeststellung	200
II. Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315 c StGB)	205
1. Keine Dauerstraftat	205
2. Fahrzeugführen im Straßenverkehr	205
3. Gefährdung eines anderen Menschen oder fremder Sachen von bedeutendem Wert infolge Fahruntüchtigkeit	206
a) Fahruntüchtigkeit	206
aa) Rauschmittelbedingte Fahruntüchtigkeit	206
bb) ... aufgrund geistiger und körperlicher Mängel	206
b) Eintritt einer konkreten Gefahr	209

c) Unmittelbarkeit der Gefährdung	212
d) Der Begriff des „anderen Menschen“ als gefährdete Person	212
e) „Sache von bedeutendem Wert“	213
aa) Wertgrenze	213
bb) Gefährdung des vom Täter geführten Fahrzeugs	215
cc) Verursachung nur unbedeutenden Sachschadens	215
f) Kausalitätsfragen, insbes. „Doppelkausalität“	216
g) Einwilligung des Gefährdeten und Rechtswidrigkeit	217
h) Vorsatz und Fahrlässigkeit	217
aa) Vorsatz	217
bb) Fahrlässigkeit	218
i) Versuch	218
j) Teilnahme – §§ 26, 27 StGB	219
F. Konkurrenzfragen	219
I. Polizeiflucht	219
II. Mehrere Begehungsformen des § 315 c StGB	219
III. Gleichzeitige Gefährdung mehrerer Personen	220
IV. Mehrere Gefährdungen auf einer Trunkenheitsfahrt	220
V. Das Verhältnis von § 316 StGB zu § 315 c StGB	221
VI. Das Verhältnis von § 315 c StGB zu § 315 b StGB	221
VII. Mehrere Trunkenheitsdelikte bei gleichzeitigem, „fortgesetztem“ Fahren ohne Fahrerlaubnis	223
VIII. Trunkenheitsfahrt und unerlaubtes Entfernen vom Unfallort	223
1. Tatidentität im Sinne von § 264 StPO	223
2. Tatmehrheit	224
3. Nichtverurteilung wegen tatmehrheitlich angeklagten unerlaubten Entfernens vom Unfallort	224
4. Trunkenheitsfahrt und unerlaubtes Entfernen vom Unfallort im Zustand der Schuldunfähigkeit	225
IX. § 315 c StGB und BtM-Delikte	225
G. Strafzumessung bei Trunkenheitsdelikten	226
I. Grundfragen	226
II. Strafzumessungsempfehlungen	228
1. Unzulässige Strafzumessung nach Taxen pp.	228
2. Normalfallrechtsfolgen für den Ersttäter	229
3. Der Prüfungsansatz der Revisionsinstanz	232
III. Bedeutung der BAK-Höhe und des Stadiums der Alkoholkurve	232
1. Strafschärfung	232
2. Strafmilderung/Verminderte Schuldfähigkeit	233
a) Erhebliche Verminderung der Schuldfähigkeit – § 21 StGB	233
b) Strafraahmenverschiebung nach §§ 21, 49 StGB	234
IV. Strafschärfung bei „Zechtour“	236

V. Bedeutung der von der Fahrt ausgehenden abstrakten Gefahr	237
VI. Einfluss von Beruf und sozialer Stellung	237
VII. Verschleierungsversuche durch den Angeklagten/Nachtrunk	239
VIII. Vorsatz	239
IX. Inkaufnahme einer Gefährdung durch den Mitfahrenden	239
X. Strafmildernde Entziehung der Fahrerlaubnis	240
XI. Strafmilderung: Vorsorge gegen Kfz-Benutzung vor Trinkbeginn	240
XII. Verminderte Schuldfähigkeit wegen Betäubungsmittelabhängigkeit	240
XIII. Besonderheiten bei Strafzumessung bei § 323 a StGB	241
XIV. Vorstrafen und Verfahrenseinstellungen als Gesichtspunkt der Strafzumessung	241
1. Vorstrafen – Feststellung und Wirkung	241
2. Der Auszug aus dem Bundeszentralregister (BZR-Auszug)	242
a) Einführung in die Hauptverhandlung/Wiedergabe im Urteil	242
b) Überprüfung der Richtigkeit der Vorstrafen	242
c) Warnwirkung der Voreintragung	243
d) Verwertungsverbot/Tilgungsreife	243
3. Verfahrenseinstellungen/Verwertung „unbekannter“ Taten	245
XV. Nachtatverhalten, insb. Schadenswiedergutmachung	246
XVI. Verfahrensdauer	246
XVII. Freiheitsstrafe	248
1. Grundsatz des Ausschlusses kurzer Freiheitsstrafen	248
2. Wiederholungstäter/Bewährungsversager	249
XVIII. Strafaussetzung zur Bewährung	250
1. Bedeutung einschlägiger Vorstrafen	251
2. Bewährungsversager	251
3. Schwere Unfallfolgen	252
XIX. Absehen von Strafe – § 60 StGB/eigene Verletzungen	253
XX. Tatrichterliche Feststellungen zu Umständen der Alkoholaufnahme	254
XXI. Jugendliche/Heranwachsende	255
H. Ordnungswidrigkeit gem. § 24 a StVG	255
I. Abstraktes Gefährdungsdelikt	255
II. Dauerordnungswidrigkeit	255
III. Blutalkohol	256
1. Ausreichen einer BAK von 0,5 ‰ nach Beendigung der Fahrt	256
2. Kein Sicherheitszuschlag	256
IV. Atemalkohol	256
1. Anforderungen an die Verwertbarkeit der AAK-Messung	257
2. Dräger Alcotest 7110 Evidential, Typ MK III	259
a) Fehlergrenzen	259
b) Standardisiertes Messverfahren/Tatsächliche Feststellungen	260
c) Funktion des Messgerätes	261
aa) Bedienungsanleitung	261

bb) Kontrollzeit, Wartezeit pp.	261
cc) Messablauf	263
(1) Herstellung der Betriebsbereitschaft des Dräger Alcotest 7110 Evidential	263
(2) Die Durchführung der Messung mit dem Dräger Alcotest 7110 Evidential	264
(3) Ergebnisanzeige	265
3. Dräger Alcotest 9510 DE	265
a) Technische Gestaltung und technische Daten	265
b) Standardisiertes Messverfahren/Tatsächliche Feststellungen	266
c) Einzelheiten zur Funktion des Messgerätes	267
aa) Bedienungsanleitung	267
bb) Kontrollzeit, Wartezeit pp.	267
cc) Messablauf	268
(1) Herstellung der Betriebsbereitschaft des Dräger Alcotest 9510 DE	269
(2) Die Durchführung der Messung mit dem Dräger Alcotest 9510 DE	269
(3) Ergebnisanzeige	271
4. Sicherheitszuschlag	271
V. Vorliegen von BAK- und AAK-Wert bei derselben Tat	272
VI. Drogen und Medikamente	272
1. Die einschlägigen Rauschmittel	272
2. Überblick: Weitere Tatbestandsmerkmale des § 24 a Abs. 2 StVG	273
3. (Beweis-)Grenzwerte	274
VII. Führen eines Kraftfahrzeugs im Straßenverkehr	278
VIII. Vorsatz und Fahrlässigkeit	279
1. Vorsatz	279
a) ... speziell bei Alkoholisierungsfahrten	280
b) ... speziell bei Drogenfahrten	280
2. Fahrlässigkeit	281
a) ... speziell bei Alkoholisierungsfahrten	281
b) ... speziell bei Drogenfahrten	283
IX. Konkurrenzen/Tatbegriff/Rechtskraft	287
X. Verjährungsfristen	288
XI. Ahndung/Rechtsfolgen	289
XII. Abschließende Sammlung von Strategietipps für Verteidiger	292
I. § 24 c StVG – Alkoholverbot für Fahranfänger	294
I. Norminhalt	294
II. Täter: Fahranfänger	295
III. Verstoß gegen das absolute Alkoholverbot	295
1. Alkoholhaltiges Getränk	295

2. Zusichnehmen des Getränks während der Fahrt	296
3. Antreten der Fahrt unter der Wirkung eines alkoholhaltigen Getränks	297
IV. Die subjektive Seite des § 24 c StVG	299
V. Rechtsfolgen	300
1. Sanktionen im Bußgeldverfahren	300
2. Verwaltungsrechtliche Folgen	300
Zweiter Teil: Fahrerlaubnisentziehung und Fahrverbot	301
A. Entziehung der Fahrerlaubnis durch den Strafrichter	301
I. Maßregelzweck	301
1. Maßregel der „Sicherung“	302
2. Maßregel der „Besserung“	303
II. Verfahrensfragen der Fahrerlaubnisentziehung	304
III. Voraussetzungen für die Fahrerlaubnisentziehung	305
1. Begehung einer Straftat	305
a) Regelfall: Verurteilungsfälle	305
b) Seltene Fälle der Entziehung bei Nichtverurteilung	306
2. Führen eines Kraftfahrzeugs	306
3. Straftat „bei“ dem Führen eines Kraftfahrzeugs	308
4. „Zusammenhang“ der Straftat mit dem Führen eines Kraftfahrzeugs	308
a) Begriff der „Zusammenhangstat“ und Beispiele	308
b) Eigenhändiges Fahrzeugführen durch den Täter	312
c) Zusammenhang mit dem Besitz eines Kraftfahrzeugs	313
5. Verletzung der Pflichten eines Kraftfahrzeugführers	314
6. Absehen von Strafe oder Nichtverurteilung wegen Schuldunfähigkeit	315
7. Ungeeignetheit zum Führen von Kraftfahrzeugen	315
a) Begriff	315
b) Arten der Eignungsmängel	316
c) Sich „aus der Tat“ ergebende Kraftfahrungeeignetheit	317
d) Nach der Tat aufgetretene Eignungsmängel	319
e) Maßgebender Zeitpunkt für die Eignungsbeurteilung	319
f) Bedeutung des Grundsatzes „in dubio pro reo“	320
g) Regeltarbestände des § 69 Abs. 2 StGB	321
aa) Die Bedeutung von § 69 Abs. 2 StGB – „Indizwirkung“	321
(1) Unproblematische Regeldelikte	322
(2) Bedeutender Schaden bei Unfallflucht	322
bb) Absehen von der indizierten Maßregel	325
(1) Umstände der Tat	325
(a) Notstandsähnliche Situation	325
(b) Umparkersachverhalte/Kurzstreckenfahrten	326

(c) Ungefährliche Fahrzeuge	327
(d) Nur geringe Blutalkoholkonzentration?	328
(e) Unfallflucht (mit Trunkenheitsfahrt)	328
(2) Besondere Umstände in der persönlichen Lebensstellung	329
(a) Fehlende Voreintragungen/langjährige Fahrpraxis	329
(b) Berufliche Härten pp.	330
(3) Wegfall des Eignungsmangels	330
(a) Einfluss vorläufiger Führerscheinmaßnahmen	331
(b) Unbeanstandete Teilnahme am Kraftfahrzeugverkehr zwischen Tat und Hauptverhandlung	333
(c) Lange Verfahrensdauer	334
(d) Einfluss von Nachschulungsmaßnahmen	336
(aa) Ziel und Erfolg von Nachschulungsmaßnahmen	337
(bb) Rechtliche Einordnung	338
(cc) Einzelfälle des Absehens von der Regelfahrerlaubnisentziehung wg. Nachschulung	339
(dd) Feststellungen und Würdigungen des Tatrichters	342
(ee) Aufbauseminar: Verfahrenseinstellung nach § 153 a Abs. 1 Nr. 6 StPO	344
(ff) Nachschulungen bei hoher BAK oder Vorstrafen	344
(gg) Welche Feststellungen sind bei welcher Maßnahme erforderlich?	344
h) „Verkehrsspezifische Anlasstaten“	346
i) Allgemeine Kriminalität („Zusammenhangstaten“)	348
j) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	350
k) Sonderproblem: Fahrerlaubnisentziehung bei dem Jugendrichter	350
IV. Entziehung ist zwingend/Tenorierung/Urteilsgründe	352
V. Wirkung der Fahrerlaubnisentziehung	353
VI. Einziehung des Führerscheins/Vollstreckung	354
VII. Fahrerlaubnissperre	355
1. Sperrfristbestimmung im Urteil	355
a) Bedeutung der Sperre	356
b) Tenorierung der Sperre im Urteil	356
c) Anordnung über die Länge der Sperre	356
d) Sperrfristbeginn	357

2. Noch laufende Sperre aufgrund früherer Verurteilung	358
3. Erhöhtes Mindestmaß	358
4. Einfluss vorläufiger Führerscheinmaßnahmen auf die Sperre	360
5. Sperrfristbemessung	362
a) Voraussichtliche Dauer der Ungeeignetheit	362
b) Besonderheiten der Prognoseentscheidung bei charakterlicher Ungeeignetheit	363
c) Sperre „für immer“ – § 69 a Abs. 1 S. 2 StGB	364
d) Unterschiedliche Sperrfristbemessung für einzelne Kraftfahrzeugarten	365
e) Berücksichtigung der Täterpersönlichkeit bei der Sperrfristbemessung	367
f) Ausmaß des Verschuldens als Kriterium der Sperrfristbemessung	369
g) Tatfolgen	370
h) Wirtschaftliche Gesichtspunkte	370
i) Generalpräventive Aspekte	371
j) Mischargumentationen	371
6. Beginn und Berechnung der Fahrerlaubnissperre	371
a) Grundsatz	372
b) Einrechnung fortdauernder vorläufiger Führerscheinmaßnahmen bei Rechtsmitteleinlegung	372
c) Beginn der Sperre bei Strafbefehl	373
d) Beginn der Sperre bei Beschränkung des Einspruchs unter Ausklammerung der Maßregelentscheidung	373
e) Mehrere Fahrerlaubnissperren	374
7. „Isolierte Sperre“	374
a) Voraussetzungen und Wirkung	374
b) Isolierte Sperre trotz Fahrerlaubnisbesitz	375
c) Kein verkürztes Mindestmaß der Sperre entsprechend § 69 a Abs. 4 und Abs. 6 StGB	376
d) Keine Einrechnung der Zeit seit dem Urteil der letzten Tatsacheninstanz analog § 69 a Abs. 5 S. 2 StGB	377
e) Absehen von einer erneuten Sperrfristanordnung bei wiederholtem Fahren ohne Fahrerlaubnis	378
8. Nachträgliche Gesamtstrafenbildung	378
a) Gesamtstrafenbildung durch Urteil	378
aa) Erste Konstellation: „Altes Urteil mit Sperre, neues (eigentlich) ohne“	379
bb) Zweite Konstellation: „Altes Urteil und neues Urteil mit Sperre“	379

b) Gesamtstrafenbildung durch Beschluss	380
aa) Erste Konstellation: „Keine Fahrerlaubnisentziehung/keine Sperre“	381
bb) Zweite Konstellation: „Nur eine Fahrerlaubnisentziehung/Sperre“	381
cc) Dritte Konstellation: „Mehrere Fahrerlaubnisentziehungen und/oder Sperren“	381
9. Das Ausnehmen bestimmter Kraftfahrzeugarten von der Sperre	383
a) Prüfung von Amts wegen – kein Antragserfordernis	383
b) Tauglicher Gegenstand des Ausnehmens: Fahrzeugart	384
c) Keine Ausnahme von der Sperre für bestimmte Zeiten und Orte oder die Berufsausübung	389
d) Gefahrenabschirmung („besondere Umstände ...“)	389
aa) Falsche Erwägungen im Rahmen des Ausnehmens	390
bb) Grundsätze zur Prüfung der Gefahrenabschirmung	390
cc) Objektive Gefahrenabschirmung	391
dd) Subjektive Gefahrenabschirmung	392
e) Ausnahme für Lkws oder Busse im Falle privater Trunkenheitsfahrten	393
f) Ausnahme für landwirtschaftliche Traktoren und Arbeitsmaschinen	394
g) Bedeutung wirtschaftlicher Härten für Ausnahmegewilligung ..	394
h) Keine Ausnahmegewilligung nach Rechtskraft	395
i) Voraussetzungen für das Führen der ausgenommenen Fahrzeugart	395
10. Vorzeitige Aufhebung der Sperre	395
a) Zulässigkeit nach Ablauf der Mindestfristen	396
b) Berechnung der Fristen für die frühest zulässige Sperrfristabkürzung	396
c) Zuständiges Gericht	397
d) Mitwirkung des Verurteilten an der gerichtlichen Entscheidungsvorbereitung	397
e) Entscheidungsgesichtspunkte	398
f) Bedeutung einer Nachschulung des Verurteilten	400
g) Kein Beweis wieder bestehender Eignung	401
h) Beschränkung der vorzeitigen Sperrfristaufhebung auf bestimmte Kraftfahrzeugarten	402
VIII. Rechtsmittel gegen Fahrerlaubnisentziehung und Sperre	402
1. Gute Taktik? Berufungseinlegung mit dem Ziel der Maßregelaufhebung wegen Zeitablaufs	403
2. Rechtsmittelbeschränkung	404
a) Anfechtung des Schuldspruchs	404
b) Beschränkung auf den Strafausspruch	404

c) Beschränkung auf die Strafaussetzung zur Bewährung	405
d) Beschränkung auf die Verurteilung wegen einer von mehreren Taten	406
e) Rechtsmittelbeschränkung auf die Entziehung der Fahrerlaubnis	406
f) Beschränkung des Rechtsmittels auf die Entscheidung über die Fahrerlaubnisperre	407
g) Kosten und Auslagen bei Wegfall der Fahrerlaubnisentziehung oder Milderung der Maßregel bei Rechtsmittelbeschränkung ...	408
3. Verschlechterungsverbot – § 331 StPO	409
a) Keine Verlängerung der Sperre durch das Berufungsgericht	410
b) Faktische Sperrfristverlängerung durch das Berufungsgericht ohne Verstoß gegen das Verschlechterungsverbot	410
4. Revision	410
5. Sofortige Beschwerde	412
6. Gnadenantrag	413
IX. Fahrerlaubnisentziehung bei Inhabern ausländischer Fahrerlaubnisse (§ 69 b StGB)	413
1. Bedeutung und Voraussetzungen des § 69 b StGB	413
a) Ausländische Fahrerlaubnis muss bestehen	414
b) Regeln für Inhaber einer EU-/EWR-Fahrerlaubnis	414
c) Inhaber einer Fahrerlaubnis aus Drittstaaten	416
aa) Ordentlicher Wohnsitz im Ausland	417
bb) Begründung eines ordentlichen Wohnsitzes im Inland	418
cc) Wohnsitz im In- und Ausland	418
dd) Wohnsitz im Inland zur Zeit der Erteilung der ausländischen Fahrerlaubnis	419
ee) Ausschluss der Berechtigung	419
ff) Befristung des berechtigten Fahrzeugführens mit ausländischem Führerschein	420
2. Nicht oder nicht mehr bestehende Berechtigung nach § 29 Abs. 1 S. 3 FeV	421
3. Wirkung der Fahrerlaubnisentziehung bei ausländischer Fahrerlaubnis	421
4. Vollstreckung	422
X. Vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis	422
1. Sachliche Zuständigkeit	423
a) Sachliche Zuständigkeit im vorbereitenden Verfahren	423
b) Sachliche Zuständigkeit des mit der Sache befassten Gerichts ..	423
c) Sachliche Zuständigkeit des Landgerichts	424
d) Sachliche Zuständigkeit im Revisionsverfahren	425
2. Örtliche Zuständigkeit	426
3. Rechtliches Gehör	426

4. Tauglicher Adressat des § 111 a StPO	428
5. „Dringende Gründe“ im Sinne des § 111 a StPO	428
6. Ausnehmen bestimmter Kraftfahrzeugarten von der vorläufigen Fahrerlaubnisentziehung	431
7. Wirksamwerden der vorläufigen Fahrerlaubnisentziehung	432
8. Aufhebung der vorläufigen Fahrerlaubnisentziehung	433
a) Wegfall des Grundes	433
aa) Einfluss langer Verfahrensdauer	434
bb) Aufhebung während des Berufungsverfahrens	435
cc) Einfluss von Verzögerungen durch den Angeklagten	435
b) Nichtentziehung der Fahrerlaubnis im Urteil	436
c) „Ablauf“ der Sperrfrist während des Revisionsverfahrens	436
d) Aufhebung wegen Verfahrenseinstellungen	438
9. Vorläufige Fahrerlaubnisentziehung durch das Berufungsgericht ...	438
10. Ausländische Fahrerlaubnis	439
11. Rechtsmittel: Beschwerde	439
a) Zulässigkeit und Begründetheit der Beschwerde	440
b) Keine weitere Beschwerde	441
c) Auslagenerstattung bei erfolgreicher Beschwerde/StrEG	441
XI. Sicherstellung und Beschlagnahme des Führerscheins	442
XII. Checkliste: Prüfungsschema für § 111 a StPO	443
XIII. Zusammenfassende Verteidigungshinweise für Verteidiger und Strategieempfehlungen	444
B. Das Fahrverbot	447
I. Fahrverbot des § 44 StGB im Strafverfahren	447
1. Rechtsnatur und Zielrichtung	447
2. Wechselwirkung mit der Hauptstrafe	448
3. Verfahrensfragen	449
a) Anordnung ohne Erscheinen des Angeklagten in der Hauptverhandlung	450
b) Anordnung im Strafbefehl	450
c) Jugendverfahren	450
d) Hinweispflicht	450
e) Rechtsmittelbeschränkung	451
f) Verschlechterungsverbot – §§ 331, 358 Abs. 2 StPO	452
4. Voraussetzungen für die Anordnung eines Fahrverbots nach § 44 StGB	454
a) Verurteilung zu Freiheits- oder Geldstrafe	454
b) „... bei oder in Zusammenhang mit dem Führen eines Kraftfahrzeugs ...“	455
c) Tatbegehung unter Verletzung der Pflichten eines Fahrzeugführers	455

d) Notwendigkeit der Nebenstrafe/„fahrverbotsfeindliche“	
Verfahrensdauer	455
aa) Belastungen durch Fahrverbot	456
bb) Lange Verfahrensdauer	456
e) Umfang der Pflichtverletzung – Unterschied zu § 25 StVG	458
5. Regelfahrverbot gem. § 44 Abs. 1 S. 2 StGB	460
a) Regelmäßige Ersatzsanktion	460
b) Erschütterung der Regelwirkung	460
aa) Bedeutungslosigkeit durch Anrechnung	461
bb) Andere Gesichtspunkte	462
6. Stets nur „ein“ Fahrverbot	462
7. Straftat und OWi-Fahrverbot	463
8. Beschränkung auf bestimmte Fahrzeugarten	464
9. Fahrverbot bei ausländischen Führerscheinen	465
10. Wirksamwerden, Vollstreckung und Fristablauf	465
a) Bedeutung des Zeitpunkts der Rechtskraft und Wirkung	466
b) Kein Aufschub der Fahrverbotsvollstreckung	466
c) Vollstreckung des Fahrverbots	467
d) Berechnung der Verbotsfrist	468
aa) Beginn mit der amtlichen Verwahrung des Führerscheins ...	468
bb) Fristbeginn, wenn der Verurteilte keine Fahrerlaubnis hat	469
cc) Fristberechnung bei gleichzeitiger oder nachträglicher Fahrerlaubnisentziehung	469
dd) (Tatsächlicher) Führerscheinverlust	470
ee) Einfluss von Freiheitsentzug auf den Fristablauf – § 44 Abs. 3 StGB	471
ff) Anrechnung vorläufiger Führerscheinmaßnahmen auf die Verbotsfrist	472
gg) Ende der Verbotsfrist	473
hh) Kein Fahrverbot zwecks Umgehung der gesetzlichen Mindest-Fahrerlaubnissperre	473
ii) Die Anrechnungsvorschrift des § 450 Abs. 2 StPO	474
e) Fristberechnung bei mehreren, einander überschneidenden Fahrverboten	474
11. Fahren trotz Fahrverbots	475
II. Fahrverbotsähnliches Verbot von Haltung und Führung von Kraftfahrzeugen im Rahmen der Führungsaufsicht	476
III. Fahrverbot als Nebenfolge nach OWi – § 25 StVG	477
1. Verfahrensfragen	477
a) Rechtlicher Hinweis	477
b) Beschlussverfahren nach § 72 OWiG	479
c) Beschränkung des Einspruchs	480

d) Pflichtverteidigerbestellung	480
e) Entbindung von der Pflicht zum persönlichen Erscheinen	481
2. Voraussetzungen für die Anordnung des Fahrverbots	483
a) Fahrverbot trotz Nichtverurteilung wegen Ordnungswidrigkeit?	483
b) Fahrverbot nur gegen den Fahrzeugführer	484
c) Grobe oder beharrliche Pflichtverletzung als Voraussetzung für die Nebenfolge	484
aa) Grobe Pflichtverletzung	484
bb) Beharrliche Pflichtverletzung	486
d) Rechtsprechungsübersicht: Beharrlichkeit	489
e) Nichtausreichen einer Geldbuße als Voraussetzung für die Fahrverbotsverhängung	490
f) Verhältnismäßigkeit	491
3. Die Regelfahrverbote nach dem Bußgeldkatalog	492
a) Die Bedeutung des Bußgeldkataloges	493
aa) Regelfahrverbot des Bußgeldkatalogs indiziert Fahrverbotsvoraussetzungen!	494
(1) Die Herleitung der Indizwirkung	495
(2) Die Auswirkungen der Indizwirkung	495
(3) Absehen vom indizierten Fahrverbot gegen erhöhte Geldbuße	497
bb) Voraussetzungen für ein Absehen vom indizierten Fahrverbot	498
cc) Entfallen der Tatbestandsvoraussetzungen des § 25 Abs. 1 StVG	500
(1) Keine abstrakte Gefahr durch Verstoß	500
(2) Augenblicksversagen	504
(a) Augenblicksversagen bei Geschwindigkeitsverstößen	504
(b) Augenblicksversagen bei Rotlichtverstößen (Mitzieheffekt pp.)	506
(c) Augenblicksversagen bei Abstandsverstößen	506
(d) Augenblicksversagen bei Wenden oder Rückwärtsfahren auf Autobahnen/ Kraftfahrstraßen	506
(3) Richtlinienvorstoß bei Geschwindigkeitsmessungen	507
(4) Mitverschulden	508
(5) Irrtümer/Notstandsähnliche Situationen	509
dd) Entfallen der erzieherischen Erforderlichkeit des § 25 Abs. 1 StVG	510
(1) Wirkungsvolle Erhöhung der Geldbuße	510
(2) Fahrverbotsfeindliche Verfahrensdauer	511

(3) Verkehrserzieherische Maßnahmen	512
(4) Vollstreckte Fahrverbote und andere Gründe	513
ee) Unverhältnismäßigkeit aufgrund von Härten	513
(1) Berufliche Härten	516
(2) Persönliche Härten und andere Milderungsgründe	519
4. Das Regelfahrverbot bei Ordnungswidrigkeiten gem.	
§ 24 a StVG	520
a) Keine abstrakte Gefahr durch Verstoß („Fahrten bis 50 m“) ...	521
b) Fahrverbotsfeindliche Verfahrensdauer („zwei Jahre aufwärts“)	522
c) Nachschulungen, vollstreckte Fahrverbote pp.	522
d) Drohende Härten durch das Fahrverbot	522
5. Bemessung des Fahrverbots	524
6. Wirksamwerden/Viermonateschonfrist	525
7. Fristberechnung	526
8. Besonderheiten der Rechtsbeschwerde	528
9. Die Durchführung der Vollstreckung	530
10. Die Vollstreckung mehrerer Fahrverbote	531
a) Mehrere Fahrverbote mit Schonfrist – § 25 Abs. 2 a StVG	531
b) Mehrere „normale“ Fahrverbote	532
c) Gemischte Fahrverbote	532
d) Fahrverbot nach § 44 StGB	533
e) Fahrerlaubnisentziehung	533
Stichwortverzeichnis	535